

Sorge um Integration und Betreuung junger Menschen - geplante Verlagerung von Jobcentern zur Bundesagentur für Arbeit



Die Spitzenverbände der Weiterbildung, [Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. \(bag arbeit\)](#), der [Bundesverband der Träger der beruflichen Bildung e. V. \(BBB\)](#), der [Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V. \(EFAS\)](#) und der [Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. \(VDP\)](#), äußern in ihrem Brief an Bundesminister Hubertus Heil (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) große Bedenken und Kritik an den Plänen der Bundesregierung, die Beratung und Vermittlung von jungen Menschen unter 25 Jahren ab dem 01. Januar 2025 von den Jobcentern in die Bundesagentur für Arbeit zu verlagern.

Die geplante Neuordnung soll Kosten in Höhe von 900 Mio. Euro einsparen und durch Mittel der Sozialversicherung finanziert werden. Die Verbände sehen die Umstrukturierung jedoch äußerst kritisch.

Zerstörung etablierter Unterstützungsstrukturen

Der Wechsel von über 700.000 jungen Menschen in das SGB III (Sozialgesetzbuch Drittes Buch) könnte langfristig gewachsene Unterstützungsstrukturen zerstören. Die aktuell im SGB II betreuten jungen Menschen haben oft komplexe Problemlagen, die eine vielseitige Unterstützung erfordern. Die befürchtete Zerschlagung von gut vernetzten Strukturen könnte zu Verarmung, Radikalisierung und sozialer Ausgrenzung führen.

Erhöhung der Zuständigkeitsbarrieren und Entbürokratisierungsziele

Die Verbände weisen auch auf die mögliche Erhöhung von Zuständigkeitsbarrieren hin. Mit der geplanten Verlagerung bleiben die Unterstützungsleistungen für den Lebensunterhalt weiterhin bei den Jobcentern, während die Beratung und Vermittlung in die Bundesagentur für Arbeit übergeht. Diese Verkomplizierung der Zuständigkeiten könnte zu Überforderung bei den Betroffenen führen und dem Ziel der Entbürokratisierung entgegenwirken.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass viele Fördermöglichkeiten des SGB II für junge Menschen unter 25 Jahren nach dem Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit möglicherweise nicht mehr verfügbar sind. Dies könnte die Unterstützung für Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten einschränken und ihre Entfremdung verstärken.

"Es ist bedauerlich, dass eine Entscheidung, die junge Menschen und ihre Zukunft betrifft, offenbar vorrangig haushaltspolitischen Erwägungen folgt und nicht das Wohl und die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt.", sagt Thiemo Fojkar, Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V.

Die Verbände fordern die Bundesregierung auf, die geplanten Umstrukturierungen zu überdenken und die finanzielle Ausstattung im SGB II zu verbessern, um den jungen Menschen angemessene und flexible Hilfen zu ermöglichen. Statt auf eine fiskalpolitische Entscheidung zu setzen, solle eine Struktur geschaffen werden, die Übergänge erleichtert und auf vorhandene Netzwerke aufbaut, um das Wohl der jungen Menschen im Blick zu behalten.

Über den Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V:

Der Bundesverband Bildungsprogramme in Deutschland (BBB) ist ein Zusammenschluss bedeutender Anbieter von Bildungsprogrammen in Deutschland. Seine Mitgliedsunternehmen und -verbände unterstützen jährlich zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Verbesserung ihrer beruflichen Chancen durch qualitätsgeprüfte Aus- und Weiterbildungen. Die Ziele des BBB umfassen die Formulierung und Vertretung gemeinsamer Interessen der Bildungsträger, die Förderung, Koordinierung und Beratung der Mitglieder in unternehmens-, bildungs- und sozialpolitischen Angelegenheiten sowie die Entwicklung arbeits- und tarifrechtlicher Regelungen zur Etablierung einheitlicher Standards und fairer Arbeitsbedingungen.

Weitere Informationen:

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V

Sören Reimers

Tel.: [+49 30 – 20 45 48 49](tel:+493020454849)

Mail.: presse@bildungsverband.info

bildungsverband.info